

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

52 (31.1.1918) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Wöchentlich 1 Nummer „Karlsruher Unterhaltungsblatt“ mit Illustrationen.

Weitaus größte Bezugszahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Hiergarten. Verantwortlich für allem. Politik und Feuilleton: Anton Rudolph, für badische Politik, Lokales, bad. Chronik und den allgemeinen Teil: J. B. Anton Rudolph, für den Anzeigenteil: A. Rinderspacher, sämtl. in Karlsruhe i. B. Berliner Vertretung: Berlin W 10.

Anzeigen:

Die Gesellsch. Kolonialzeitung 20 Wfa. Die Metallzeitung 1 Wfa. Maklamer an 1. Stelle 1.25 Wfa. die Stelle außerdem ab 1. Dezember 1917 10% Feuerungszulage. Bei Wiederholungen halber Rabatt, bei der Nichterhaltung des Hefts, bei gerichtlichen Streitigkeiten und bei Kontenbuchungen keine Haftung. Postfach - Karte: Karlsruhe Nr. 8259.

Bezugs-Preise:
Ausg. A ohne „Wochens. Weltansch.“
Ausg. B mit „Wochens. Weltansch.“
In Karlsruhe: Ausgabe A B
monatlich
Im Verlage abgeholt 1.12 1.32
in d. Buchhandlungen 1.17 1.37
frei ins Haus ge-
liefert 1.25 1.45
Kontingents- bei Ab-
holung a. Posthalter 1.12 1.32
Durch d. Briefträger
inkl. 2mal ins Haus 1.36 1.57
Einzel-Nummer . . . 10 Wfa.
Geschäftsstelle:
Stiele und Sammler-Eds. nächst
Kaiserstraße und Marktplatz.
Brief- od. Tel.-Adr. laute nicht
auf Namen, sondern
„Bad. Presse“, Karlsruhe.

Nr. 52. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Donnerstag den 31. Januar 1918. Telefon: Redaktion Nr. 800. 34. Jahrgang.

Deutscher Heeresbericht.

Im Westen beschränkte Geschütztätigkeit. — Der erste planmäßige deutsche Luftangriff auf Paris. — Italienischer Angriff bei Asiago gescheitert.

WB. Großes Hauptquartier, 31. Jan. (Amtl.)

Weitlicher Kriegsschauplatz.

Die Geschütztätigkeit blieb auf Artillerie- und Minenwerferkämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.

Am Weihnachtsabend und im Laufe des Januar haben Flieger unserer Gegner trotz unserer Warnung wieder offene deutsche Städte weit außerhalb des Operationsgebietes angegriffen.

Dank unserer Abwehrmaßnahmen traten nennenswerte Verluste und Schäden nicht ein.

Zur Strafe wurde die Stadt Paris im ersten planmäßigen Luftangriff in der Nacht vom 30. zum 31. Januar mit 14000 Kilogramm Bomben belegt.

Italienische Front.

Südwestlich von Asiago schickte ein italienischer Angriff im Feuer.

Zwischen Asiago und der Brenta blieb die Artillerietätigkeit reg.

Die Zahl der von den österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Kämpfen gemachten Gefangenen hat sich auf 15 Offiziere und 660 Mann erhöht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Türkischer Heeresbericht.

WB. Konstantinopel, 31. Jan. (Nicht amtlich.) Am 1. Januar Bericht von gestern: An den Dardanellen wurde durch Geschütze der Dardanellenbatterien das englische U-Boot „C. 14“ bei Kumfale versenkt. 7 Mann wurden gerettet. Einem zweiten englischen U-Boot, „C. 32“, wurde bei Nagara das Schrotzr abgeschossen. Dann wurde ein großer Delfin beobachtet, so daß auch dieses Boot mit ziemlicher Sicherheit als vernichtet gelten kann. Durch Maschinengewehrsfeuer wurde ein englisches Wasserflugzeug, System Shore, bei Nagara zum Sinken gezwungen. Die Besatzung wurde gefangen, das Flugzeug unverfehrt geborgen. Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Amerikanische Truppen in Frankreich.

o Basel, 31. Jan. (Privatteil.) „Havas“ meldet aus Washington: Der Kriegsminister teilte mit, daß alle Staaten der nordamerikanischen Union gegenwärtig Truppen in Frankreich haben. (g. K.)

Der Alliierten-Kriegsrat.

WB. Paris, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Ag. Havas. Wie die Blätter melden, sind Lloyd George, Pershing, Douglas, Haig, Cadorna, Orlando und mehrere französische Generale in Versailles angekommen. Der Kriegsrat der Alliierten wird im Saale des Hotels „Trianon“ stattfinden. Die alliierten Generale haben gestern eine vorbereitende Beratung abgehalten. Der Kriegsrat wird heute offiziell unter dem Vorsitz von Clemenceau tagen.

WB. Versailles, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Der Kriegsrat ist heute nachmittag zusammengetreten.

Die Fortsetzung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

WB. Brest-Litowsk, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des türkischen Großveziers Talaat Pascha eine Plenarsitzung statt, die von ihm mit einer Begrüßungsansprache eröffnet wurde.

Staatssekretär von Kühlmann teilte darauf die Entsendung des bayerischen Staatsministers von Bodenwils als Vertreter Bayerns an den Verhandlungen mit.

Herr Troitzky erklärte anschließend, daß in der Zusammenkunft der russischen Delegation zwei Veränderungen stattgefunden hätten. Deren eine rein persönlicher Natur sei, während die andere, staatsrechtliche und politischen Charakter tragend, die Einzelung zweier Mitglieder der ukrainischen Volksrepublik in die russische Delegation sei.

Die Regierung der Räte der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten der ukrainischen Volksrepublik habe drei Mitglieder zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen entsandt, von denen eines jedoch in Petersburg als Mitglied der Regierung des Rates der Volkskommissare zurückgeblieben sei. Herr Troitzky gab sodann erklärend einen Überblick über die Zustände in der Ukraine, wo sich das ganze Bergwerksgelände von Jekaterinosslaw und der Gouvernements Charkow und Poltawa nach in der Gewalt der ukrainischen Sowjets befänden. In den anderen Teilen der Ukraine geht der Einfluß der Riewer Rada

stetig zurück. Am Tage seiner Abreise aus Petersburg hat der direkte Draht aus Kiew den Rücktritt des Riewer Generalsekretariats gemeldet. Ein mit der Delegation dieses Sekretariats abgeschlossener Friede könne unter den augenblicklichen Verhältnissen keinesfalls schon als Frieden mit der ukrainischen Republik angesehen werden. Jetzt, wo in Petersburg der ukrainische Kongreß der Räte der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten tagt, auf dem auch die ukrainischen Sowjets vertreten seien, und wo einmütig föderative Grundlagen für die russische Republik geschaffen würden, entspreche die Aufnahme von Vertretern des ukrainischen Volkssekretariats in die diesjährige russische Delegation durchaus den in der russischen Republik herrschenden Zuständen. Jedenfalls aber könnten nur solche mit der Ukraine getrennten Völkern anerkannt werden, welche durch die Regierung der föderativen Republik Russlands formell beauftragt würden.

Der in Brest-Litowsk zurückgebliebene Vertreter der ukrainischen Volksrepublik beschloß sich seine Stellungnahme bis zum Wiedereintreffen der ganzen Abordnung vor.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte, daß er im Namen der Verbündeten die Aufschubung der Erörterung über die Darlegung des Herrn Troitzky bis zum Eintreffen der Delegation der Riewer Rada aufzuschieben beabsichtige. Die Lage scheint die zu sein, daß zwar das Bestehen einer freien ukrainischen Volksrepublik von keiner Seite in Frage gestellt werde, daß aber zwei konkurrierende Körperschaften berechtigt zu sein behaupten, international eine freie ukrainische Volksrepublik zu vertreten. Die verbündeten Delegationen würden diese wichtige Frage gründlich prüfen.

Herr Troitzky erwiderte, für die russische Delegation sei das Bestehen einer zweiten Körperschaft auf ukrainischem Gebiet neben der Rada, die das ukrainische Volk zu vertreten beanspruche, kein Anlaß zur Stellungnahme gewesen, solange die Räte der ukrainischen Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten sich noch nicht entschlossen hätten, ob sie eigene Vertreter zu den Friedensverhandlungen entsenden wollten. Die Frage, welche der beiden Delegationen endgültig über die Wünsche der ukrainischen Republik zu sprechen berechtigt seien, sei nach dem Ergebnis des Kampfes zwischen den beiden Organisationen zu entscheiden.

Graf Czernin schloß sich der von Staatssekretär v. Kühlmann vertretenen Ansicht an. Er gab anheim, die Zeit nicht unnützlich verstreichen zu lassen, die Kommissar für territoriale Fragen ihre Arbeiten wieder aufnehmen zu lassen.

Herr Troitzky schloß sich dieser Meinung an. Talaat Pascha schloß dann die Sitzung mit dem Vorschlag, die Kommissionsverhandlungen wieder aufzunehmen, nachdem zuvor Herr Troitzky mitgeteilt habe, daß die Unternehmung in der Angelegenheit der bei Beginn der letzten Verhandlungsperiode besprochenen Angelegenheit von der Petersburger Telegraphen-Agentur ausgehenden Depesche über eine Erklärung Herrn Troitzky ergeben habe, daß die Petersburger Telegraphen-Agentur ein solches Telegramm überhaupt nicht hinausgab. Die Entwertung dieses Mißverständnisses oder dieser Fälschung nachzuprüfen, müsse er den daran interessierten Stellen überlassen.

Aus dem neuen Russland.

Zur Lage.

WB. Petersburg, 31. Jan. (Nicht amtlich.) Petersburg, Tel.-Agent. Der Rat der Volksbeauftragten verfügte, daß die metallurgische Fabrik von Schirsk und die Flugzeugfabrik von Lantsk mit allem Zubehör zugunsten des Staates beschlagnahmt werden, da die Verwaltungen der genannten Fabriken sich der Kontrolle der Arbeiter widersetzen und die Arbeit einzustellen beabsichtigen. Fälle von Arbeitsverweigerung und Sabotage kommen vor die revolutionären Gerichtshöfe. Die Renski-Fabrik wird Eigentum der russischen Republik und dem Handels- und Industrie-Kommissariat übergeben. Das technische Personal soll im Amte bleiben.

Der Bauernkongreß aufgelöst.

o Basel, 31. Jan. (Privatteil.) „Havas“ meldet aus Petersburg: Die maximalistische Regierung gab den Matrosen Befehl, den Bauernkongreß aufzulösen. Die Bauern leisteten 2 Stunden Widerstand, wichen aber dann der Gewalt und wurden verhaftet. (g. K.)

Maximalisten und Ukrainer.

o Basel, 31. Jan. (Privatteil.) Laut „Basl. Nachr.“ meldet „Havas“ aus Petersburg: Die Abordnung von 13 ukrainischen Regimentern, die in Petersburg ankam, um eine Wiederherstellung des Rates der Volkskommissäre mit der Ukraine anzustreben, reiste am 26. Januar wieder ab, da ihre Anstrengungen gegenüber der Halsstarrigkeit der maximalistischen Regierung fruchtlos blieben. (g. K.)

Die ethnischen Truppen ukrainfreundlich.

— Stockholm, 30. Jan. Das Gehörliche Bureau in Stockholm teilt dem Vertreter des WB. mit: Beinahe alle nationalen Truppenteile haben gegen das maximalistische Verbot der Bildung nationaler Armeen protestiert. Ein lettisches Regiment hat den ukrainischen Militärkongreß der Nordfront, welcher mit Wahlvorbereitungen zur konstituierenden Versammlung der Ukraine beschäftigt war, zerstreut. Die ukrainische Delegation der Nordfront wandte sich an die ethnischen Truppen mit der Anfrage, ob sie unter irgend welchen Umständen gegen die Ukrainer vorgehen würden? Die Delegation erhielt den Befehl, daß ethnische Truppen unter keinen Umständen gegen die Ukrainer vorgehen werden.

Die Zustände in Finnland.

WB. Apenhagen, 31. Jan. (Nicht amtlich.) Der Sonderberichterstatter der „Berlingste Tidende“ hatte in Helsingfors mit dem neuen sozialistischen Ministerpräsidenten Menner eine Unterredung, in der dieser erklärte, das Programm Finnlands sei, mit allen Nachbarn, Skandinavien sowohl wie Rußland, freundschaftliche Beziehungen zu erhalten unter bestimmter

Wahrung der Freiheit und Selbständigkeit Finnlands. Das innerpolitische Programm der Regierung werde erst später veröffentlicht. Jedoch könne er jetzt schon sagen, daß es rein sozialistisch sei und unwiderzählig vollkommen durchgeführt werden würde, selbst wenn es zwischen der bürgerlichen und roten Garde zu Kämpfen kommen sollte. Die Lebensmittelfrage sei sehr brennend. Man hoffe aber auf Hilfe aus Rußland. Ebenso sei man dankbar für die Hilfe aus Schweden, Dänemark und Norwegen.

Die telegraphische Verbindung zwischen Petersburg und Helsingfors sei unsicher. Die skandinavischen Konsuln seien zurzeit bemüht, Sonderzüge zur Fortschaffung ihrer Landsleute aus Finnland zu beschaffen. In Helsingfors seien Gerüchte verbreitet, daß eine bürgerliche Schutzwehr sich von Norden her in Hornörsand befinde. Sowohl Dänen wie Norweger hätten die Regierung um Schutz eruchtet.

Schweden und Finnland.

o Bern, 31. Jan. (Privatteil.) Dem „Bund“ zufolge meldet „Havas“ von der finnischen Grenze: Während der Unruhen der letzten Tage in Finnland wurden mehrere Schweden getötet. Die nationale schwedische Presse verlangt, daß Schweden unverzüglich Maßnahmen zum Schutze seiner Staatsangehörigen treffe. (g. K.)

Rußland und Rumänien.

o Basel, 31. Jan. (Privatteil.) Die „Magdeb. Z.“ meldet aus Rotterdam: Die Londoner „Daily Mail“ berichtet drahtlos aus Jassy: Die rumänische Regierung notifizerte am 29. Januar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland, soweit dieses durch die Bolschewiki vertreten wird. Für die Russen in dem Bezirk Jassy wurden Vorschriften erlassen, wodurch sie den feindlichen Staatsangehörigen gleichgestellt werden. Die Demission des Kabinetts Bratianu bestätigt sich nicht. (g. K.)

Die Rumänen in Bessarabien.

o Basel, 31. Jan. Die „N. Z. Itz.“ meldet: In einer Anzahl mittel- und südbessarabischer Städten wurden in den letzten Tagen von der rumänischen Bevölkerung Pogrome veranstaltet. Größere Bänder, die oft Soldatenuniformen angelegt hatten, überfielen am hellen Tage die Judendiertel und raubten sie aus. Mehrere Juden wurden getötet, viele schwer mißhandelt. In Sucharun gab es 25 Tote. Infolge der vollkommen ungenügenden Sicherheitsverhältnisse haben die Juden in den betreffenden Städten eigene Milizen gebildet, die erfolgreich den plündernden Bänden entgegenzutreten. (g. K.)

Ereignisse zur See.

Weitere englische Schiffsverluste.

WB. London, 30. Jan. (Kont.) Die Admiralität gibt bekannt: Das bewaffnete Transportgeschiff „Mechanica“ ist am 30. Januar torpediert und später im englischen Kanal auf Strand gesetzt worden. Das Schiff ist vollkommen wrad. Drei Offiziere und zehn Mann sind umgekommen. Das Torpedoboot „Hazard“ ist im englischen Kanal am 28. Januar infolge eines Zusammenstoßes gesunken. Drei Mann sind umgekommen.

Holländische Schiffsverluste.

WB. Amsterdam, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus dem Haag: Bei dem Untergang des Neuhern ist die Nachricht eingelaufen, daß das Fischersfahrzeug „Antonius Sch. 234“ am 28. Januar mit einem englischen Zerkörner zusammengestoßen und gesunken ist. Die Besatzung wurde gelandet. Ferner wurde dem Ministerium gemeldet, daß der niederländische Dampfer „Merwede“ gesunken ist. Die Besatzung wurde in New Caste gelandet.

Weitere U-Boot-Erfolge.

WB. Berlin, 30. Jan. (Amtlich.) Unseren U-Booten fielen im mittleren und östlichen Mittelmeer täglich 19 000 Brutto-Register-Tonnen Handelschiffsraumes zum Opfer. Insbesondere wurde dadurch der Transportverkehr nach Italien betroffen. U. a. wurden zwei große Dampfer aus einem durch zahlreiche Bewacher und U-Bootjäger gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

England und der Krieg.

Die englischen Liberalen und Lloyd George. Sch. Rotterdam, 31. Jan. (Privatteil.) „Daily News“ melden: Hervorragende Mitglieder der liberalen Partei haben sich zu Lloyd George gegeben, um dem Ministerpräsidenten den Wunsch der liberalen Partei auszusprechen, daß der Ministerpräsident seine Friedensbedingungen, wie er sie den Gewerkschaften mitgeteilt hat, im Parlament an der dafür zuständigen Stelle wiederholen möge. „Daily News“ bezeichnen es als Verdienst der liberalen Partei, durch ihre Vorgehen eine Erörterung der Friedensmöglichkeiten im Unterhause herbeizuführen. (g. K.)

Die Streikbewegung.

Berlin, 31. Jan. Der sozialdemokratische Reichsausschuss war für gestern abend nach Berlin einberufen, um zu der durch die Ausdehnung des Streiks geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Er berichtet über die Ausstellung eines eigenen Programms, das laut „Post, Ztg.“ eine geeignete Grundlage für Verhandlungen mit der Regierung bilden soll. Wesentlich sei die Beschränkung auf innerpolitische Forderungen und die Streichung aller von den ausländischen Arbeitern geäußerten Wünsche außerpolitischer Art. Insbesondere befähigt sich der Ausschuss auch mit der Beratung von Maßnahmen, um einer Verheerung zum Streik im Väderegerwerbe wirksam entgegenzutreten.

Hamburg, 30. Jan. Aus Anlaß des Streiks der Hamburger Werftarbeiter wurde vom stellvertretenden Generalkommando des 9. Armeekorps der verstärkte Kriegszustand über Hamburg, Altona und Wandsbek verfügt. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 25 000. Ein heute erfolgter Anschlag des stellvertretenden Generalkommandos belagt, daß die Kriegsbetriebe unter militärischer Leitung gestellt werden, und daß die Arbeiter, die am 31. Januar früh nicht zur Arbeit erscheinen, zum Heeresdienst eingezogen werden. (Ziff. 3.)

Berliner Preßstimmen.

Berlin, 31. Jan. In der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht das Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses Kallmann einen Artikel über den Streik und den deutschen Arbeiterinteressen. Es heißt darin u. a.: „Der springende Punkt bei der Agitation für den Generalstreik ist das Bestreben, durch eine allgemeine Arbeitsverweigerung auf die Reichsregierung einen politischen Druck auszuüben. Ebenso wie die russischen Internationalisten glauben deutsche, durch eine Verbrüderung der Arbeiter aller Länder das Ende des Krieges rascher herbeizuführen. Darin liegt ein furchtbarer Irrtum. Internationale Schwierigkeiten liegen sich nicht durch internationale Verbrüderung einer bestimmten Klasse beseitigen. In Frankreich, wo auch die Arbeiter schwer zu leiden hätten, denke man nicht daran, von dem einmal gesteckten Kriegsziel abzuweichen. Der französische Arbeiter wolle weiter kämpfen bis dieses Ziel erreicht ist. Und in England? An dem Verhalten der englischen Arbeiter, die hinter der Regierung stehen, erkenne man, daß die Hoffnung auf internationale Verständigung nicht einmal in Arbeiterkreisen geteilt werde. Der englische Arbeiter wisse, daß eine Partei genährte Nation die Vorbedingung für eine gesunde und sichere Existenz der Arbeiter sei. Danach handelten sie. Bei uns dagegen stelle ein irreführender Teil der Arbeiterklasse die nationalen Interessen aufs Spiel, um internationale Phantomen nachzugehen. Dabei schädigten die Beteiligten sich und die übrige Arbeiterschaft. Und was das Schlimmste sei, sie verlängerten damit den Krieg. Das Zentrumsbüro „Germania“ gibt sich der Zurechtweisung hin, daß der Streik nach kurzer Zeit verpuffen werde, weil der gesunde Sinn der deutschen Arbeiter als Gesamtheit sich dagegen auflehne. Zudem die Sozialdemokratie selber Richtungen sich auf ihn einleite, bewies sie eine Unklarheit der demokratischen Praxis, die ihr noch manchmal unbenommen werden dürfte.“

Die „Freisinnige Zeitung“ sagt: „Die fortschrittliche Volkspartei ist während des Krieges wiederholt in der Lage gewesen, mit der alten Sozialdemokratie zusammenzugehen. Mit der neuesten Wendung der Sozialdemokratie will sie aber nichts gemein haben. Sie will jede Verbindung mit solchen Kreisen zurück und überläßt der Sozialdemokratie die volle Verantwortung für die Folgen, die sich aus dem Streik ergeben können.“

Zur Lage in München.

München, 30. Jan. Heute vormittag gingen in der Stadt die wilden Gerüchte über Ausstände um, die sich aber als völlig unbegründet erwiesen. Eine Vertrauensmännerversammlung der verschiedenen Betriebsausschüsse hat gestern abend auf Betreiben der unter der Führung des Schriftstellers Kurt Eisner erschienenen unabhängigen Sozialisten den Streik auf drei Tage beschlossen, und zwar gegen die Stimmen des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die Münchener Ausstandsbewegung geht von den unabhängigen Sozialisten aus, die durch die Ueberforderung der Arbeiter nach München kamen. Die alte Münchener Arbeiterklasse sympathisiert wenig mit dem Streikgedanken. Die sozialdemokratische Ortsgruppe steht voll und ganz auf dem Standpunkt der Entscheidung der Räter Generalversammlung.

Das bayerische Abgeordnetenhaus und der Streik.

München, 31. Jan. In der gestrigen Sitzung beschäftigte sich die Kammer der Abgeordneten mit der in Deutschland ausgebrochenen Streikbewegung: Abgeordneter Beck (Freih. Vereinigung) führte u. a. aus: Die Vaterlandspartei hat niemals zur Kriegsverlängerung geholt. Wir wollen unsere Grenzen sichern, niemand annerknen und uns eine Kriegsschuldigung sichern, die uns in den Stand setzt, nach dem Kriege wieder in die Höhe zu kommen und zwar eine Kriegsschuldigung möglichst durch Sicherung von Rohstoffen. Das ist die Absicht der Vaterlandspartei.

Der Minister des Innern, Dr. von Bötticher, bedauerte, daß im Hause an preussischen Einrichtungen Kritik geübt wurde. Der Behauptung von sozialistischer Seite, die Stellung der Reichsleitung sei nicht klar, wolle er entschieden entgegnen. Der vormalige Leiter der Reichspolitik habe das Ziel der deutschen Politik klar und offen dargelegt und es liege kein Grund zu Mißtrauen bei der Arbeiterschaft vor. Wir gingen hoffentlich der letzten, aber vielleicht auch der schwersten Entscheidung dieses Krieges entgegen. Da sei vor allem geschlossene innere Einheit notwendig.

Der Abg. Dr. Schlittenbauer (Ztr.) wandte sich hauptsächlich gegen die unabhängigen Sozialisten, die auf den Trümmern des Vaterlandes eine sozialistische Republik aufbauen wollten. Jeder Tag der Arbeitseinstellung koste Tausenden von Bürgern im Felde ihr Leben. Deshalb sei ein solches Vorgehen glatter Vandalismus. Das Wort Hindenburg werde wahr werden: Dieser Krieg wird nur jenes Volk gewinnen, das am längsten Mars Marsch behält.

Amerika und der Krieg.

Wie man in Amerika vorgeht.

Berlin, 31. Jan. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das allgemeine Streikverbot in Philadelphia, das zum Generalstreik aufforderte, kurzerhand verhaften lassen und die Angelegenheit dem Bundesgericht zur Verfolgung übergeben.

Badische Chronik.

Friedrichstal, 30. Jan. An Kaisers Geburtstag fand hier im vollbesetzten Saale des Gasthauses „Zum Waldhorn“ in Verbindung mit der Kaiserfeier eine vaterländische Versammlung statt, welche hochinteressant, erhebenden Verlauf nahm. Nach warmen Begrüßungsworten des Herrn Oberlehrers Gantz sprach der zur Veranlassung eingeladen Herr Bankier Vecht aus Karlsruhe. Die gedankenschweren und großartigen Rede, welche alle wesentlichen Fragen der heutigen Lage überzeugend behandelte und die Zuhörer in einen nicht mehr allzu fernem, glänzigen Ausgange des uns aufgewungenen Krieges fachte, in der Voraussetzung, eines festen Aufeinanderstehens aller vaterländischen Kräfte und mit der eindringlichen Mahnung zum wissenschaftlichen Durchhalten, machte einen tiefen Eindruck und schloß mit dem „Kaiserhoch“, das begeistertem Widerhall fand. Darauf gab Herr Böhlinger einen durchaus anschaulichen und fesselnden Bericht über seine Erlebnisse als Kämpfer in den Kämpfen im Westen und konnte einige interessante Angaben über den Kampfdienst machen. Herr Pfarrer Schmidt sprach das eindringliche Schlusswort, das in einem gütlichen Hoch auf das Vaterland, auf Heer und Flotte ausklang. Die Feier wurde durch wirkungsvolle Vorträge des Gesangsvereins und einige von Herrn Chorleiter Vecht vorgetragene, selbstverfaßte und beifällig aufgenommene Gedichte verhöht.

Bulensbach, 30. Jan. Kaisers Geburtstag wurde auch hier in würdiger Weise gefeiert. Am Vortage wurden in der Schule die Kinder von den Klassenlehrern auf die Bedeutung des Tages hingewiesen und entsprechende Lieder vorgetragen. Am Festtage selbst fand eine sehr zahlreich besuchte Kirchenparade des Militärvereins statt. Vom Ortspfarrer wurde eine tiefempfundene und daher erhebende, patriotische Festpredigt gehalten.

Mannheim, 29. Jan. Das Eisenbahnunglück, das sich am 15. September v. J. beim Bahnhof Kedarau ereignet hatte, beschäftigte die Mannheimer Strafkammer. Ein mit 2 Lokomotiven bespannter Güterzug war an jenem Tage um 8 Uhr abends von Rheinau kommend, in voller Fahrt auf eine Rangierabteilung aufgefahren. Eine größere Anzahl Wagen war zerplättert und zerborsten durcheinander geworfen. Der Führer der ersten Maschine war tot, zwei Bremser verletzt. Als verantwortlich wurde der 59 Jahre alte Lokomotivführer Johann Mühl aus Brühl, der die Rangierabteilung zu weit abgedrückt hatte, so daß die Weiche aufgeschritten worden war, unter Anklage gestellt. Unter den milderen Umständen wurde erwähnt, daß die Gleisanlage dem Verkehr nicht gewachsen war. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis.

Heidelberg, 31. Jan. Die Heidelberger Studentenverbindung „Cercenia“ wurde durch einstimmigen Beschluß des am 26. Jan. beim 82. Stiftungsfest der „Littentia“ in Gelanogen tagenden Bundeskonvents in den „Schwarzburg-Bund“ (S. V.) aufgenommen. Der S. V. vertritt nun seine Grundsätze: Sittlichkeit, Mäßigkeit und Verwerfung des Weckampfes an 16 deutschen Hochschulen; in Baden durch die im „Badischen Ring“ mit „Cercenia“ als Vorort, gezeigten Verbindungen „Candalia“ in Freiburg und „Oberlein“ in Karlsruhe.

Badischer Landtag.

17. öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

Karlsruhe, 31. Jan. Präsident Dr. Zehnter eröffnet kurz nach 9 Uhr die Sitzung. — Vizepräsident Kohlherr übernimmt alsbald den Vorsitz.

Die Beratung über den Justizetat

Abg. Beneden (F. V.) führt aus, daß die früheren Klagen, die über rücksichtslose Behandlung des Publikums und Klassenjustiz laut geworden sind, verstummen, weil kein Anlaß mehr dazu gegeben wird. Auf die durch die lange Dauer des Krieges zurückzuführen gereizte Stimmung im Publikum sollte man bei Strafen Rücksicht nehmen und nicht sofort mit Freiheitsstrafen und großen Geldstrafen vorgehen. Ich möchte anregen, einen Erlaß dieser Art an die Staatsanwaltschaften hinausgehen zu lassen. Der Rückgang der Zahl der Fälle über Entschädigungen an unschuldig Verhaftete und Verurteilte gibt zu denken. Hat der Staat einen so furchtbaren Eingriff in die persönliche Freiheit eines Mannes vorgenommen, dann ist er eigentlich auch verpflichtet, den Betroffenen dafür zu entschädigen, wenn der Staat nicht den Beweis vorbringen kann, daß der Eingriff berechtigt war, was nur durch die Verurteilung bewiesen wird. Heute liegen bei uns aber die Verhältnisse so, daß der Verhaftete den Beweis seiner Unschuld vorbringen muß; eine Entschädigung von einigen hundert Mark steht auch in gar keinem Verhältnis zu einer unschuldig erlittenen Haft. Ein ganz veralteter Zustand ist der Einfluß der Vorstrafen auf die Bestrafung. Die Verurteilung mit der Zange sollte nur im alleräußersten Falle eintreten; ich begrüße in dieser Hinsicht den neuen Erlaß des Herrn Justizministers. Das Anmahnen der jugendlichen Sträflinge ist eine höchst betrübende und ernste Frage. Die Lebensmittelpenurie und die Knappheit an sonstigen Gegenständen verleiht die Verletzung zum Diebstahl, kleine Sachen von 13, 14 und 15 Jahren sollte man wegen dieser Diebereien nicht vor eine Strafkammer stellen. Vielleicht könnte man die Jugendgerichte ausbauen oder den jugendlichen Dieb, manchmal handelt es sich direkt um Kinder, vor den Staatsanwalt stellen und ihm gehörig ins Gewissen reden. Angedante Zustände herrschen in den Beförderungszuständen der jungen richterlichen Beamten. Die Wünsche der Justizbeamten möchte ich warm unterstützen. Ebenso wird die Regierung den im Kriege stehenden Rechtspraktikanten ihre ganze Sorge zuzuwenden müssen; ein Entgegenkommen ihnen gegenüber ist voll und ganz angebracht. Die Schwierigkeiten der Ausgestaltung unseres Grundbuchwesens verkenne ich nicht. Der Standpunkt der Städte, der Staat möge jetzt an den Defiziten der Grundbücher beteiligt werden, nachdem er auch seiner Zeit an den Uebererschüssen teilgenommen war, ist durchaus gerechtfertigt. Dem Herrn Minister möchte ich herzlich danken für die der Anwaltschaft gemachten Worte der Wertschätzung. Mit den Anwaltschaften erwächst die Anwaltschaft eine große Last, für die sie in den allermeisten Fällen kein Honorar erhält. Man kann es dem Anwalt eigentlich nicht zumuten, umsonst zu arbeiten. Der jetzige Zustand ist übrigens auch durchaus nicht im Interesse des rechtsuchenden Publikums. Eine Reform der Rechtsanwaltsgebührenordnung ist ebenfalls eine zeitgemäße Forderung.

Abg. Wittmann (Ztr.) dankt für auf dem Felde der Ehre gefallenen Angehörigen der Rechtspflege. Die Ernennung des Justizministers ist in allen deutschen Juristenkreisen begrüßt worden. Ich möchte nur wünschen, daß der Herr Justizminister den Wünschen der Juristen ein offenes Ohr schenkt. Der Wunsch nach Ausdehnung der Richterstellen besteht tatsächlich in weiten Kreisen, man möge nach württembergischen Muster verfahren. Der Anwaltsstand muß allerdings materiell, wie ideell gehoben werden. Für seine Armeetätigkeit gehört der Anwalt entlohnt; ebenso sollte man bei feststehenden Prozessen einen Turnus einführen. Die großen Reformwerke auf dem Gebiete der Rechtspflege sind durch den Krieg mit einem Schlage vernichtet worden. Die Sondergerichte sollten beseitigt und die Zuständigkeit des Gemeindefriedens sollte erhöht werden. Eine Vereinfachung kann auch auf dem Gebiete der Justiz besonders für die Schwurgerichte, Klagen greifen. Die Ausnahme der Kriminalität bei der Frauwelt und bei der Jugend ist leider eine sehr große. Das religiöse Moment müssen wir hier mehr betonen, denn die Jugend und die Frauen mehr geneigter sind, als die Männerwelt. Mitglieder der Zwangsversteigerung in landwirtschaftlichen Anstalten näher treten müssen. Die Tätigkeit der Gefängnisverwaltung ist eine höchst wichtige und in der Tat ist mancher dieser Herren mehr geeignet, an der Spitze einer Strafanstalt zu stehen, als ein Offizier. Eine bessere Regelung des juristischen Nachwuchses ist notwendig. Der Redner erörterte gleichfalls Fragen des Grundbuchwesens und der Notariatsfrage. Die Wünsche der mittleren Beamten möchte ich unterstützen. Die Verordnung eines Gesundheitszeugnisses bei der bahnischen Gesundheitskraft in Berlin ist mir sympathisch, dagegen kann ich der Anregung des Abg. Marum auf Abschaffung der bahnischen Gesundheitskraft in München nicht zustimmen. Eine exakte Festlegung unter den jüdischen Bundesstaaten ist heute wichtiger, denn je.

Abg. Schürmann (F. V.) betont, das Grundbuch müsse auf dem Lande verbleiben. Welsch wird von den Landwirten gesagt, daß bei Vertrieben gegen kriegerische Maßnahmen zu hart geurteilt wird. Die Landwirte können eben mit den ihnen überlassenen Getreidemengen nicht auskommen. Zu harte Strafen schaffen Minderwertigkeit, die man in landwirtschaftlichen Kreisen vermeiden sollte.

Ministerdirektor Duffner hebt hervor, daß bei Grundbuchwesen kein individuelles Standpunkt vertreten wird. Er habe auf dem Standpunkt, daß ein Vorbehalt, und sei es noch so schwer, nicht unumgänglich der Gnade sei. Auch bei Fällen des Verkehrs weißlicher Personen mit Kriegsgefangenen wird Gnade geübt, wenn die Be-

treffende ihre würdig ist. Im Allgemeinen ist das Verhalten aber ein so schamloses und würdeloses, daß die Strafen nur gerechtfertigt sind. Man muß doch in Betracht ziehen, daß sich diese Frauen mit Vertretern von Nationen einlassen, die unsere Gefangenen in der schändlichsten und rohesten Weise behandeln. Auch das Urteil über die deutsche Frau im Ausland wird durch diese Fälle ungünstig beeinflusst. Auch bei Kriegswucher und übermäßiger Preissteigerung muß eine Gnabenanwendung äußerst kritisch beurteilt werden. Gewiß gibt es auch hier Fälle, die Berücksichtigung verdienen. Da aber, wo es sich um schände Gewinnjagd unter Ausnutzung des Schleichhandels in klarer Erkenntnis der Vorschriften handelt, muß energig eingegriffen werden. Eine scharfe Ueberwachung der Mühlen ist notwendig, denn durch sie geht der größte Teil des Getreides schleichhandels. Der Redner sprach des weiteren über das Strafverfahren. Der Wunsch nach Lösung der Disziplinarklagen der Beamten dürfte in Bälde in Erfüllung gehen. Das Messorenfeld ist allgemein bekannt. Es gibt Leute zwischen 35 und 40 Jahren, die noch auf feste Anstellung warten; es ist selbstverständlich, daß man ihnen so weit wie möglich entgegenkommt. Zur Frage der Dienstwohnungen betrifft den Dienstkreis sämtlicher Ministerien. Ich sehe auf dem Standpunkt, daß es im Interesse des Dienstmannes Dienststellen liegen muß, daß ein Beamter sofort und unmittelbar erreichbar ist. Kann er keine Wohnung im Dienstgebäude bekommen, so muß ihm der Staat eine Dienstwohnung in dessen Nähe zur Verfügung stellen. Ueber eine vom Abg. Marum gewünschte Abschaffung des § 133 der Gemeindeordnung kann ich keine Auskunft geben, dagegen kann ich zu dem § 233 des R. St. G. sagen, daß wir bestrebt sind, dahin zu wirken, daß der künftige Erpressungsparagraph eine Fassung erhält, wonach ein einfacher Lohnstreik nicht als Erpressung aufgeführt wird. Solange wie möglich sollte die Jugend davon bewahrt werden, vor die Schranken des Gerichts zu kommen; aus diesem Grunde sind Jugendgerichte angeschafft worden.

Abg. Rat Kärcher: Gleiches Lob wie es den Anstaltsärztlichen ausgesprochen worden ist, verdienen auch die übrigen Anstaltsbeamten die Direktoren, Ärzte und Verwaltungsbeamten. Die Berufung eines Geistlichen an die Spitze einer Strafanstalt erscheint nicht angebracht, da wir interprofessionelle Anstalten haben. Der Leiter muß unbeeinträchtigt sein von konfessionellen Gesichtspunkten.

Abg. Dietrich (nat.-lib.) tritt lebhaft dafür ein, daß der Staat den Gemeinden einen Zuschuß leisten zu den aus den Grundbüchern entstehenden Defiziten. Hoffentlich hat die Regierung darin noch nicht ihr letztes Wort gesprochen und ändert ihre Ansicht zugunsten der Städte, die so große Ausgaben im Kriege hätten. Eine weitere Ausbildung des Rechtskreises wäre zu erwägen. Was der Schlichthandel anbelangt, so wünsche ich die Kommunalverbände, daß die Gesetzgebung energig vorgehen sollten. 90 Prozent Anständige leiden darunter, wenn man gegen 10 Prozent nachgiebig gewesen ist. Behauptet ist es, daß die Namen berüchtigten nicht veröffentlicht werden, die sich in so böser Weise gegen die Kriegserobung verhalten. Die Wünsche auf Verbesserung der Beförderungsverhältnisse der Professoren unterstützen wir lebhaft.

Abg. Hed (Nat.) vertritt gleichfalls den Standpunkt, daß man das Grundbuch in den Gemeinden belassen solle. — Bei Besprechung des Titels „Antsgerichts“ bringt Abg. Krauth (Nat.) den Wunsch der Stadt Kedaragemeinde vor, dort ein Amtsgericht in Verbindung mit dem Grundbuchamt zu errichten. — Abg. Köhler (Ztr.) spricht die Frage des Wohnungsgeldes und die Einleitung des Disziplinärverfahrens gegen den Vorsitzenden des Vereins mittlerer Justizbeamten wegen eines von diesem veröffentlichten Artikels. Nachdem der Vorstand des Vereins beschlossen hatte, die dem Vorsitzenden auferlegte Strafe von 100 M. aus der Vereinskasse zu bezahlen, wurde gegen den Gesamtverband des Vereins ein hochbedauerliches Verfahren eingeleitet, das man schließlich aber doch im Sande verlaufen ließ. Ich muß gegen dieses ganze Verfahren Verwahrung einlegen. — Nach persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten und Wittmann teilt

Präsident Dr. Zehnter mit, daß er morgen sein Amt als Oberlandesgerichtspräsident ansetzen und somit aus der 2. Kammer ausscheiden werde. Der Präsident dankt allen Mitgliedern des Hauses für das Vertrauen und das freundliche Entgegenkommen, das ihm während seiner Präsidententätigkeit entgegengebracht haben. Er scheidet nach mehr als 18jähriger Zugehörigkeit zu der Kammer mit einem gewissen Gefühl der Wehmut. Da der Großherzog ihn aber zum Mitglied der 1. Kammer ernannt habe, so werde er auch künftighin in einer gewissen Fühlung mit dem Hause bleiben. Der Präsident schloß mit dem Wunsch, daß die Arbeiten der Kammer von Erfolg begleitet seien.

Abg. Lehmann (Nat.) spricht dem Präsidenten Dr. Zehnter namens der 2. Kammer herzlichen Dank aus für die umsichtige gewissenhafte und unparteiische Führung der Geschäfte und bedauert, daß mit dem Ausscheiden Dr. Zehnters eine so hervorragende Persönlichkeit dem Hause verloren gehe. Die 2. Kammer dankt dem scheidenden Präsidenten für seine in der langen Zugehörigkeit zum Hause geleistete Arbeit und wünsche ihm von ganzem Herzen, für seine neue Tätigkeit alles Gute. (Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.)

Präsident Dr. Zehnter dankt herzlich für die ihm gewidmeten freundlichen Worte. — Um 1 1/2 Uhr wird die Sitzung geschlossen und die Weiterberatung auf Freitag vormittag festgesetzt.

Die Kommission für Ernährungsfragen.

Karlsruhe, 31. Jan. Die von der 2. Kammer gebildete Kommission für Ernährungsfragen hielt gestern eine Sitzung ab, in welcher die Berichterstattung über die einzelnen Kapitel der Regierungsbekanntmachung verlesen wurde. Mit der Berichterstattung wurden beauftragt die Abg. Jette (F. V.), Welsch (F. V.), Strobel (Ztr.) und Haupt (Ztr.) (nat.-lib.). Ebenso wurden den einzelnen Mitgliedern der Kommission die Berichterstattung über die in diesem Gebiet einliegenden drei Petitionen und 21 Anträge übertragen.

Vermishtes.

Welsch, Königshütte, 30. Jan. Dem „Oberlehrer Kurier“ zufolge entstand heute vormittag in einer Volksschule ein kleiner Kellerbrand. Dorthin gab es in der von 1500 Schülern besuchten Schule eine Panik. Zwei Kinder wurden erdrückt und so schwer verletzt, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird. Wie ergangen berichtigt wird, sind außer den Schwereverletzten 10 Knaben und 5 Mädchen noch 50 Kinder leichter verletzt.

Welsch, Brisbane (Australien), 31. Jan. (Nicht amtlich.) Nezier. Der Hofmeister von Maday (Queensland) meldet, daß dem Marineministerium dringlich: Ein Cyclon und eine Springflut haben den Hafenplatz betroffen. Bisher wurden 14 Tote geborgen. Die Stadt hat nur für 10 Tage Lebensmittel. Die Gemahls, die Zentral- und die Northern-Eisenbahn, sowie die Telegraphenlinien sind unterbrochen. Die Regierung rüstete eine Hilfsexpedition aus. Alle in Maday befindlichen Wertes und Judoelager sind zerstört. Die dort liegenden Zuckermengen werden auf 800 000 Pfd. Sterling geschätzt. Die Stadt ist vollständig überflutet. Drei Dampfer sind verloren gegangen, andere Schiffe schwer beschädigt.

